Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der **Frauen- und Jugendzeitung** einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.**

Nr. 32. | Dresden, Sonnabend den 8. Februar 1913. | 24. Jahrg.

Die **Rheinisch-Westfälische Zeitung** führt den Streich des inzwischen tobsüchtig gewordenen August Wolter auf die ungenügende Knebelung der Reichsländer zurück.

Zwei deutsche **Militärflieger** fanden in den Wellen der Ostsee ihren **Tod**.

Die Bulgaren haben **Rodosto** geräumt.

Einige Stellungen nordöstlich von Skutari sind von den **montenegrinisch-serbischen Truppen eingenommen** worden. Riza Bei soll gefallen sein.

In Japan wurden durch eine **Minenexplosion 150 Arbeiter verschüttet.**

Günstige Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen.

Die Mitteilungen, die in der Budgetkommission des Reichstags von den Staatssekretären v. **Jagow** und v. **Tirpitz** über das Verhältnis Deutschlands zu England gemacht wurden, sind von großem Interesse und erheblicher Bedeutung. Es handelt sich dabei um zweierlei, um die Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen im allgemeinen und um die Rivalität der beiden Staaten in den Flottenrüstungen im besonderen.

Der neue Staatssekretär v. Jagow konnte bei seinem ersten Auftreten der Budgetkommission Erklärungen abgeben, die zwar bei den berufsmäßigen Englandhassern und Flottenhetzern allerlei ärgerliche Einwände hervorrufen werden, die aber der großen Mehrheit des deutschen Volkes willkommen sein können. Wie die offiziöse Note über die vertraulichen Verhandlungen der Budgetkommission besagt, hat der Staatssekretär dargelegt, daß **namentlich** auch die Beziehungen zu England als gute zu bezeichnen sind. Diese besondere Heraushebung Englands aus der Reihe aller anderen Staaten zeigt an, daß die Verbesserung des Verhältnisses zu England, die seit einiger Frist bereits eintrat, anhält und noch weitere Fortschritte macht. Der verstorbene Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter hat im Dezember des letzten Jahres im Reichstage die günstige Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen im Verlaufe der Beratungen aus Anlaß der Balkanereignisse vermeldet. Ferner hat die Antwort des Auswärtigen Amtes auf die Anfrage, die dem Reichstage wegen der angeblichen Aufteilungspläne in Kleinasien gestellt wurde, gezeigt, daß die Reichsregierung die sichere Ueberzeugung gewonnen hat, England denke nicht daran, in Kleinasien eine Politik zu verfolgen, die eine Verletzung deutscher Handelsinteressen herbeiführen würde. Dieser gewiß erfreuliche Tatbestand erscheint nun durch die Erklärung v. Jagows weiter befestigt.

Unsere Nationalisten und Englandfeinde sehen diese Gestaltung der Dinge nur mit Bekümmernis. Ihren **wüsten Flottentreibereien** wird ja nunmehr **auch der allerletzte Scheingrund** entzogen. Sie leiern zwar wieder das alte Lied herunter, daß man den bösen Engländern erst recht nicht trauen solle, wenn sie uns ein freundliches Gesicht bieten. Tatsächlich aber kann es für das Deutsche Reich handelspolitisch und weltpolitisch nur von Vorteil sein, wenn endlich der unselige, ungeheuer kostspielige und schwerste Gefahren in sich bergende, noch dazu durch gar keine wirklichen Volksinteressen bedingte Gegensatz zwischen Deutschland und England gemildert wird und eine Annäherung zwischen den beiden Staaten zustande kommt. Nur durch Verbesserung unseres Verhältnisses zu England, die, wenn sie auf Offenheit und Ehrlichkeit beruht, **von Dauer** sein kann, wird Deutschland sich aus der überaus ungünstigen Lage herausarbeiten, in die es durch die vielfachen Fehler der deutschen Diplomaten und Machthaber gelangt ist. Nur dadurch kann die Verschlechterung der weltpolitischen Situation, die Deutschland durch seine falsche türkische Politik mit dem Zusammenbruch der Türkei erleidet, wieder wettgemacht werden.

Wenn an der günstigen Gestaltung des deutsch-englischen Verhältnisses sorgsam weitergearbeitet wird, so ist dies vor allem auch der **deutschen Sozialdemokratie** willkommen, die von jeher diese Politik befürwortet und gefordert hat. Die Sozialdemokratie darf sich das Hauptverdienst beimessen, wenn der unselige deutsch-englische Zwist einem besseren Verhältnis weicht. Sie hat unter Verdächtigungen und Schmähungen ihrer nationalistischen Gegner stets das Zusammengehen mit England, ebenso mit Frankreich, als erstes Erfordernis einer gleicherweise kulturellen wie vorteilhaften Auslandspolitik betrachtet. Die Sozialdemokratie ist sich aber auch bewußt, daß die jetzige Gunst der deutsch-englischen Beziehungen doch nur erst ein sehr zartes Gewächs ist. Allzuleicht können Witterungsumschläge eintreten. Wir sind daher **sehr weit von einer Ueberschätzung des bis jetzt Erreichten entfernt.**

Auch die bemerkenswerte Erklärung des **Staatssekretärs der Marine** kann von uns nur mit sehr großer Zurückhaltung aufgenommen werden, obschon auch sie als **ein starker Erfolg** der sozialdemokratischen Politik anerkannt werden muß. Wir haben uns stets und stets die Militaristen und patentierten Patrioten zu höhnen gesucht, weil wir eine Vereinbarung mehrerer Staaten über das Maß ihrer Rüstungen verlangten, weil wir forderten, daß das Deutsche Reich auf die von England gemachten Anerbietungen eingehen solle. Wie hat noch vor etwa zwei Jahren der Reichskanzler unsere Anregungen in dieser Richtung als utopistisch und gänzlich unpraktisch bezeichnet und abgelehnt. Jetzt erklärt Herr v. Tirpitz seine Uebereinstimmung mit den Erklärungen, die der englische Marinesekretär **Winston Churchill** im März v. J. gab, die in der Hauptsache darauf hinausliefen, daß ein Verhältnis von 16:10 zwischen der englischen und der deutschen Schlachtflotte festgestellt werden möchte. Dieses Verhältnis, sagt Tirpitz, sei auch für uns annehmbar, es liegen dagegen keinerlei Bedenken vor. Damit ist zugegeben, daß es wohl möglich ist, ein Maß der beiderseitigen Rüstungen festzusetzen. Damit ist allen weiteren Rüstungstreibereien für die Flotte der letzte Vorwand genommen. Damit ist aber auch die Forderung als absolut berechtigt anerkannt, daß beide Staaten, sobald Ersatz für veraltende Schiffsbauten in Frage kommt, unter Beibehaltung des gleichen Verhältnisses eine **Verminderung der ungeheuren Marinelast** eintreten lassen sollen.

Die **Vossische Zeitung** sagt in einer Betrachtung über die Vorgänge in der Budgetkommission, es habe sich ergeben, daß „**ein Einvernehmen** über den Umfang der beiderseitigen Flottenrüstungen **erreicht** ist, und zwar nach dem Verhältnis von 10:16". Diese Auffassung scheint jedoch den wirklichen Stand der Dinge zu übertreiben. Aus der Erklärung des Staatssekretärs Tirpitz ist nicht zu entnehmen, daß ein formelles „Einvernehmen" abgeschlossen ist. So weit ist offenbar die Angelegenheit nicht gediehen.

Uns Sozialdemokraten erscheint gerade die jetzige Situation, da die deutsch-englischen Beziehungen sich günstiger gestaltet haben, für sehr geeignet, das Problem des Rüstungsstillstandes gründlich zu behandeln. Es handelt sich hierbei nicht um eine Angelegenheit von Tagesbedeutung, sondern von großer Zukunftsbedeutung. Die jetzigen Erklärungen das Herrn v. Tirpitz tragen noch in hohem Maße den Stempel der Unverbindlichkeit. Jede geringe Aenderung in den weltpolitischen Konstellationen könnte einen Umschwung herbeiführen und den Rüstungskoller neu entfesseln. Es wäre daher unbedingt nötig, daß die Regierungen Deutschlands und Englands sich der Aufgabe widmen, aus dem Bereiche wenig verpflichtender Worte zu einem wirklichen Einvernehmen zu gelangen, das, auf der Erkenntnis von der Gemeinsamkeit der Interessen beruhend, **für die Dauer** berechnet und eingerichtet wird.

Zunächst aber sollte die deutsche Regierung die von ihr geplante große **Heeresvorlage** zurückstellen. Denn die Verbesserung des Verhältnisses zu England, wenn sie ernsthaft und gründlich gepflegt wird, würde die gesamte Stellung des Reiches in Europa und auf dem Erdenrund außerordentlich erleichtern. Wenn den Erklärungen der Staatssekretäre wirkliche Bedeutung beizumessen ist, dann entfällt auch, selbst vom nationalistischen Standpunkte, jeder Anlaß zu den neuen ungemessen kostspieligen Armeevermehrungen!

•

Der neue Auswärtige.

So bemerkenswert auch die Eröffnungen des neuen Staatssekretärs v. Jagow in der Budgetkommission waren, so **wenig versprechend** erscheint doch dieses allerneueste Mitglied des Bethmann-Hollwegschen Regierungskollegiums selbst. Man kann ohne weiteres verstehen, daß der Herr v. Jagow nur sehr ungern aus Rom weggegangen ist. Denn er mag wohl selbst genau wissen, daß er nicht der Mann für die leitende Stellung in der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches ist. Der Eindruck, den der Herr in der Budgetkommission hervorrief, war der einer großen Unselbständigkeit und Hilflosigkeit. Sogar ein Blatt wie der Lokal-Anzeiger, das jeden Ankömmling in der Regierung mit Vorschußlorbeeren überhäuft, ist voll Besorgnis; es schreibt über das Debut des neuen Staatssekretärs recht zutreffend:

„Die kleine, fast unscheinbare Statur, das freundliche, gutmütige Gesicht, die elegante Kleidung des Staatssekretärs v. Jagow ließen ihn zunächst nur schwer als solchen erkennen, zumal wenn man an die Gestalt und das Auftreten seines verstorbenen Vorgängers Herrn von Kiderlen-Wächter zurückdachte. Wäre Herr v. Jagow nicht in Begleitung des Staatssekretärs v. Tirpitz erschienen, der ihn dem Kommissionsvorsitzenden und einigen Parteiführern vorstellte, so hätte ihm leicht passieren können, daß er übersehen worden wäre. Mit seiner wohlformulierten Erklärung über unsere Beziehungen zu den anderen Mächten trat er dann aber recht frisch und sicher auf. Die bald darauf aus dem Schoße der Kommission heraus einsetzende ziemlich vielseitige Kritik nahm Herr v. Jagow anfangs lächelnd auf, um bald darauf mit sehr ernster Miene und noch gründlicher Ueberlegung mit seinem Unterstaatssekretär Zimmermann seine ersten Darlegungen zu erweitern und zu kommentieren. Da verfügte er aber nicht mehr über die anfängliche Gewandtheit und Sicherheit. Als er schließlich seine für die Presse bestimmte Erklärung zu Papier brachte, wurde aus der Kommission heraus eine nicht unwesentliche diplomatische Korrektur an dem Communiqué vorgenommen. Alles in allem lautet das Urteil der bei seinem ersten Debut anwesenden Parlamentarier: Herr v. Jagow hat sich in sein neues Amt noch nicht vollständig eingearbeitet."

Das ist noch äußerst milde geurteilt. Gewiß soll man einige Zeit abwarten, wie dieser Jagow sich machen wird, aber der Eindruck besteht schon jetzt, der neue Staatssekretär sei vom Reichskanzler zu dem Zweck berufen, den besten Beweis für den gänzlichen Mangel an fähigen Männern bei der jetzigen Diplomatenauslese zu erbringen.

Delbrück im Feuer.

Der Freitag hat die erwartete Beratung des sozialdemokratischen Wahlrechtsantrags im Reichstag noch nicht gebracht. Aber das Problem dieser Debatte, die auf den Mittwoch vertagt wurde, ist im Rahmen eines andern Beratungsgegenstandes in seiner ganzen Schärfe aufgerollt worden. Soll Preußen dem Reich oder soll das Reich Preußen Gesetze geben?

Im Mittelpunkt dieses Kampfes stand die Person des Staatssekretärs Delbrück, der es mit den Konservativen durch seine Haltung in der Wohnungsfrage schwer verdorben hat. Seine Aeußerung, wenn Preußen nicht bis zum Herbst selbständig mit einem Gesetzentwurf vorgehe, werde er sich für die Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes einsetzen, ist von den Junkern als eine Kriegserklärung aufgefaßt worden. Denn sie verstößt gegen ihren Grundsatz, daß Preußen dem Reich seine Politik zu diktieren habe, daß aber dem Reich verwehrt sei, auch nur mit einem Wort in die preußischen Angelegenheiten dreinzureden.

Herrn Delbrücks Natur liegt nicht der Kampf, sondern das Kompromiß. Er möchte sich gerne mit allen vertragen, am liebsten mit den Junkern, von deren Willen für ihn die Ministerexistenz abhängt. Er hat seine Abwehr der konservativen Angriffe in die vorsichtigsten Formen gekleidet. Trotzdem hält man seine Rede vom Freitag allgemein für seinen Schwanensang; denn ein Staatssekretär, der es notwendig hat, sich im Streit mit den Junkern auf **grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten** zu berufen, ist nach allen Erfahrungen der Vergangenheit ein toter Mann.

Herr Delbrück hat ausgesprochen, daß er sich in seinen sozialpolitischen Auffassungen von der Rechten grundsätzlich unterscheide, und mit Recht hat Graf Westarp aus dieser Feststellung den Vorwurf herausgehört, daß die Konservativen Feinde jedes sozialpolitischen Fortschritts seien. Er hat seine Partei von diesem Vorwurf zu reinigen versucht, aber hier gilt das Wort: Wer sich verteidigt, klagt sich an. Und die Partei, die sich im Reichstag vor einem Regierungsvertreter gegen den Vorwurf verteidigen zu müssen glaubt, sie verhindere selbst den der Regierung genehmen überaus bescheidenen sozialpolitischen Fortschritt, sie regiert in Preußen unumschränkt, sie zwingt auf dem Wege über die preußische Regierung, die Wachs in ihren Händen ist, auch dem Reiche ihren Willen auf.

Die Abwehrrede des Staatssekretärs war in ihrer ganzen Zahmheit sicher kein besonderes Heldenstück. Aber selbst das geringe Maß des Widerspruchs, den sich dieser hohe Reichsbeamte im Reichstage der Rechten gegenüber herausnahm, wäre im preußischen Abgeordnetenhaus ein Ding der Unmöglichkeit. Man hat ja Herrn Delbrück im Landtag drüben als Handelsminister gesehen, vorsichtig lavierend, stets darauf bedacht, sich nur ja nicht durch ein keckes Wort die Gunst der Mächtigen zu verscherzen, und niemals hätte der ehemalige Minister die zweithöchste Stufe der Reichshierarchie erstiegen, wenn er ein anderes Verfahren eingeschlagen hätte. Wenn er sich jetzt ein wenig freier rühren kann, wem verdankt er es anders als dem Reichstag, dem Reichstagswahlrecht und den 110 Sozialdemokraten, deren Anwesenheit er beklagt und deren noch so bedingtes Lob er mehr zu fürchten scheint, als der Teufel das Fegefeuer!?

Der Vorstoß der Konservativen gegen die Person des Herrn Delbrück kann uns völlig gleichgültig sein. Die Welt verliert an ihm wenig, wenn er fällt. Aber nicht um persönliche Streitigkeiten handelt es sich hier, sondern um den Kampf um lebenswichtige Grundsätze, die Herr Delbrück freilich kaum mit halber Kraft verteidigt, während das Junkertum mit der größten Heftigkeit gegen sie anrennt.

Seit den Wahlen von 1912 haben die Junker vollends eingesehen, daß sie im Reichstag nur noch verlorene Posten zu verteidigen haben. Sie bilden nur noch eine ziemlich kleine Fraktion. Eine Wiederholung der politischen Konstellation des Vorjahres kann sie zu einem winzigen Häuflein zusammenschmelzen lassen. Darum gehen sie darauf aus, den Reichstag und die Reichsgesetzgebung so eng mit den preußischen Fesseln zu umschnüren, daß sie sich nicht mehr regen und nicht mehr atmen können. Darum verlangen sie auch von den Inhabern der obersten Reichsämter, daß sie sich zu willenlosen Werkzeugen der preußischen Ressorts erniedrigen. Das Zusammenarbeiten als gleichberechtigte Faktoren, von dem Herr Delbrück spricht, genügt ihnen noch lange nicht, sie verlangen die bedingungslose Unterordnung, den Kadavergehorsam.

Sie verlangen von jenen aber noch mehr. Sie verlangen von ihnen, daß sie sich zu Mitschuldigen ihrer schmutzigsten Intrigen machen. Einstimmig hat der Reichstag die Forderung eines Reichswohnungsgesetzes angenommen, auch die Konservativen haben dafür gestimmt. Sie haben aber nur dafür gestimmt unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß die preußische Regierung diesen von ihnen mitgefaßten Beschluß zunichte machen werde, und haben die gefällige Mitwirkung des Staatssekretärs bei diesem angenehmen Spiel für selbstverständlich gehalten. Ein schüchterner Versuch des Unglücklichen, die Abstimmung der Konservativen im Reichstag ernst zu nehmen, hat genügt, das Bild mit einem Schlage zu ändern. Jetzt hat er die ganze Meute auf dem Hals!

Soll sich das Reich von dieser brutalen und verlogenen Gesellschaft gegen Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung regieren lassen? Das ist die Frage, die heute zwingender

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130208/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG